

# Handout zum Pressegespräch

20. Juli 2022

## Damit alle kriegen, was sie verdienen – Wie wir Respekt für alle schaffen

### I. Mehr Respekt, um NRW krisenfest zu machen

- ▶▶ **Krisen und Herausforderungen häufen sich:** Pandemie, Inflation, drohende Energieengpässe. Dazu kommen weitere Felder mit enormem Handlungsbedarf: die dramatische Situation im Pflegebereich, die „Notruf NRW“ unterstrichen hat. Die Ankündigung von Vallourec, Werke in NRW zu schließen und damit drohende Arbeitsplatzverluste. In dieser Lage fehlt der NRW-Landesregierung der Blick für die Lebenswirklichkeit vieler Menschen – vor allem jener, die besonders belastet sind.
- ▶▶ **Um NRW zukunftsfest und das Leben der Menschen krisenfest zu machen, sind gute Arbeits- und Lebensbedingungen die wichtigste Grundlage.** Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün vergisst wichtige Stellschrauben. Wir brauchen eine Politik auf Augenhöhe, die die Lebenssituation der Menschen in NRW nachhaltig verbessert und mutig auch kurzfristig auf Herausforderungen reagiert.

### II. Viel zu tun für die neue Landesregierung

- ▶▶ **Arbeit:** Mehr als 700.000 Fachkräfte werden laut IHK Fachkräftereport<sup>1</sup> 2019 in NRW im Jahr 2030 fehlen – 91% davon beruflich Qualifizierte. Einige systemrelevante Branchen kommen zunehmend unter Druck: Die Bauwirtschaft, Gesundheit und Pflege sowie der Eisenbahnverkehr. Das sind alles wichtige Berufsfelder, die wir angesichts drängender Herausforderungen wie Klimawandel, Wandel der Wirtschaft und demografischer Entwicklung dringend brauchen.

<sup>1</sup> <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/4579930/64d9fb0322345b4a9de25c2c85933182/fachkraeftereport-ihk-nrw-2019-data.pdf>

- ▶▶ **Gesundheit:** Die Pandemie hat den Personalmangel in der Pflege verstärkt. Schon 2019 lag laut Landesberichterstattung Gesundheitsberufe<sup>2</sup> der Sofortbedarf an Pflegepersonal bei mehr als 10.000 Mitarbeitenden. Verdi spricht von 20.000 fehlenden Fachkräften in Krankenhäusern<sup>3</sup>.
- ▶▶ **Soziales:** NRW ist stark armutsbetroffen. Mit einer Armutsquote von 18,7% (2021) liegt es laut Armutsbericht 2022 des Paritätischen Wohlfahrtsverbands<sup>4</sup> weit über dem Bundesschnitt. Im Länderranking liegt NRW auf Platz 12 von 16. Im Ruhrgebiet, dem „Problemgebiet Nr.1“ (Paritätischer), liegt die Armutsquote sogar bei 21,1% - trauriger Spitzenreiter bundesweit. Dazu kommen jetzt extrem hohe Lebenshaltungskosten, die einkommensschwächere Haushalte in besonderem Maße belasten: Die Inflationsrate lag in NRW laut Statistischem Landesamt im Juni bei 7,5%<sup>5</sup>. Die Preise für Haushaltsenergien stiegen im Juni um 42,3% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft dazu auf, Energie zu sparen und Rücklagen zu bilden. Ab 2023 müssten sich Gaskund:innen auf eine Verdreifachung ihrer Abschläge einstellen.<sup>6</sup>

### III. Ein Koalitionsvertrag mit großen Lücken

Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün bleibt trotz dieser offenkundigen Herausforderungen an vielen entscheidenden Stellen vage. Einige unserer Ideen wurden teilweise übernommen, bleiben aber hinter unseren Vorschlägen zurück.

- ▶▶ **Wenig konkrete Ideen:** Das gilt besonders bei wichtigen Fragen der Mitbestimmung oder Tarifbindung. Beim Ausbau der Arbeitsschutzverwaltung fehlt eine klare Zielkennziffer. Die Ausführungen zum Tariftreue- und Vergabegesetz sind mehr Ankündigung als eindeutiges Bekenntnis. Beim geplanten Landesprogramm zum sozialen Arbeitsmarkt bleibt die Koalition eine Finanzierungsgrundlage und ein Startdatum schuldig.
- ▶▶ **Kein Richtungswechsel im Gesundheitsbereich:** Die Koalition scheint den Weg von Schwarz-Gelb fortführen zu wollen. Krankenhausschließungen werden bewusst in Kauf genommen. An der Pflegekammer soll festgehalten werden. Inwiefern für die notwendigen Investitionen im Gesundheitsbereich tatsächlich Landesmittel bereitgestellt werden, bleibt abzuwarten.

<sup>2</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/fast-24000-pflegefachkraefte-fehlen-laut-report-in-gesundheitsberufen-in-nrw\\_aid-63983223](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/fast-24000-pflegefachkraefte-fehlen-laut-report-in-gesundheitsberufen-in-nrw_aid-63983223)

<sup>3</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/pflegenotstand-streiks-unikliniken-nrw-personalmangel-ppr20-100.html>

<sup>4</sup> [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere\\_armutsbericht-2022\\_web.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2022_web.pdf)

<sup>5</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/inflation-in-nrw-schwaecht-sich-ab-100.html>

<sup>6</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/gasversorgung-bundesnetzagentur-103.html>

- ▶ **NRW als „soziales Gewissen“ bleibt eine bloße Phrase:** In der Armutsbekämpfung fehlt die finanzielle Hinterlegung. Die geplante Konferenz für einen Aktionsplan Armut sollte nicht dem Muster der erfolglosen Ruhrgebietskonferenz folgen und muss schnell konkrete Handlungskonzepte vorlegen. Hier bleiben die schwarz-grünen Absichtserklärungen weitgehend blank.

#### **IV. Unsere Initiativen: Echte Entlastung im Alltag**

- ▶ **Wir brauchen Respekt für Beschäftigte und mehr Einsatz für gute Arbeitsbedingungen.** Die Leerstellen von Schwarz-Grün im Koalitionsvertrag zum Schutz von Arbeitnehmer:innen sowie den Themen Mitbestimmung und Tarifbindung sind alarmierend. Beschäftigte tauchen vor allem als Fachkräfte zur Mangelbekämpfung auf. Doch wir brauchen eine Politik in ihrem Sinne. Konkret fordern wir 1.000 Stellen im Arbeitsschutz und speziell im Arbeitsschutz ausgebildete Staatsanwält:innen in den Staatsanwaltschaften in NRW. Ebenso notwendig ist ein Landesprogramm zur Förderung von Mitbestimmung bei Themen wie Weiterbildung, Digitalisierung und Transformation durch die Neuauflage und Ausweitung des Projekts Arbeit 2020. Zudem setzen wir uns für ein Landesprogramm zur Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts von 8 Mio. Euro ein. Dieses soll einen speziellen Fokus auf Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit haben. Zusätzlich benötigt NRW eine Ausbildungsplatzgarantie. Denn gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Schlüssel für mehr Fachkräfte.
- ▶ **Wir verlangen Respekt für die Bedürfnisse der Beschäftigten im Pflegebereich und Einsatz für eine gute Gesundheitsversorgung in NRW.** Am klaren Bekenntnis gegen die Schließung von Krankenhäusern halten wir fest. Ebenso wollen wir eine Umfrage unter allen Beschäftigten zur Pflegekammer und das Gemeindeschwester Plus-Konzept als aufsuchendes Beratungs- und Vermittlungsangebot für die Menschen in NRW.
- ▶ **Wir stehen für Respekt für die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen statt des Fokus auf Besserverdiener:innen.** Die Zahlen des Armutsberichts sind schließlich alarmierend. Sozialpolitik bedeutet auch, zeitnah auf aktuelle Entwicklungen einzugehen und soziale Härten dort abzufedern, wo sie besonders einschlagen. Armutsbekämpfung muss Schwerpunkt des neuen Ruhrgebietsbeauftragten sein. Initiativen für quartiersbezogene Armutsbekämpfung durch Unterstützung zur Einstellung kommunaler Soziallotsen sind unbedingt notwendig. Die Bereitstellung von ausreichend Mitteln zur Unterstützung der existierenden Beratungsstrukturen sollte

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**

selbstverständlich sein. Zusätzlich brauchen wir ein Forschungsprojekt zum Leben im Alter, um auch in Zukunft Teilhabe sicherzustellen.

- ▶▶ **Wir fordern ein Sofortprogramm NRW zur Entlastung der Menschen bei den Lebenshaltungskosten.** Dabei müssen besonders diejenigen in den Blick genommen werden, die aktuelle Belastungen durch steigende Preise extrem zu spüren bekommen. Das gilt etwa für Menschen, die armutsbetroffen sind. Zu effektiven Hilfen gehört die Erhöhung der Regelsätze bei SGB II und Grundsicherung um mindestens 10 Prozent bis das Bürgergeld kommt. Das Land muss darüber hinaus den Kommunen Mittel zur Verfügung stellen für den Einsatz gegen Strom- und Gassperren. Zusätzlich braucht NRW eine flächendeckende Informationskampagne zum Energiesparen, die die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit abholt. Wir wollen Unterstützung für kommunale Angebote wie den Energiesparservice der Caritas. Ein weiterer Schritt ist ein Gutscheinprogramm für die Anschaffung von Instrumenten zum Energiesparen (beispielsweise Duschköpfe, Thermostate) – analog zu den Gutscheinen für Masken in der Pandemie. Hier müssen vor allem armutsbetroffene Menschen profitieren. Schwarz-Grün ist in der Pflicht, diese Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ebenso befürworten wir die Prüfung eines Energiesparbonus, um konkrete Anreize zum Energiesparen zu setzen und das Thema Energiesicherheit im Winter aktiv anzugehen. Zudem müssen wir einen Mindestlohn von 13 Euro in Betracht ziehen. 12 Euro sind ein großartiger Erfolg für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, doch auch sie spüren steigende Preise. Zusätzlich wollen wir ein Anschlussprogramm zum 9-Euro-Ticket. Ein Euro pro Tag – mit diesem wirklich überzeugenden Schritt wird der Umstieg vom eigenen Auto auf Busse und Bahnen langfristig möglich gemacht. Dies kann sowohl über ein Monatsticket, wie es die Sozialverbände fordern, als auch über eine 365-Euro-Jahreslösung gelingen.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**